

Stellungnahme der DGSF-Fachgruppe Armut-Würde-Gerechtigkeit und des gesellschaftspolitischen Sprechers der DGSF

Die „Respekt-Rente“: ein vielleicht noch unzureichender Schritt, aber in eine richtige Richtung

Die Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie (DGSF) ist ein psychosozialer Fachverband mit über 7.000 Mitgliedern in den Arbeitsfeldern Soziale Arbeit, Gesundheitswesen und Unternehmens- und Mitarbeiterberatung. Viele von ihnen beraten junge und alte Menschen, für die prekäre Lebenslagen und Armut, auch Altersarmut, bedrängende Themen sind.

Die Fachgruppe „Armut-Würde-Gerechtigkeit“ der DGSF, die sich seit vielen Jahren für würdevolle gesellschaftliche Formen der Absicherung gegen Armut einsetzt, sowie der gesellschaftspolitische Sprecher der DGSF nehmen im Folgenden zur Diskussion um die von Arbeitsminister Heil vorgeschlagene „Respekt-Rente“ Stellung. Sie sehen darin einen vielleicht noch unzureichenden Schritt in eine richtige Richtung.

Altersarmut in Deutschland ist bereits jetzt verbreitet (unter Frauen stärker als unter Männern) und wird voraussichtlich weiter zunehmen. Altersarmut in Deutschland ist vermeidbar. Deutschland ist ein extrem reiches Land. Die Vermögen sind ungleich verteilt, die Ungleichheit der Einkommen und der Vermögen nimmt beständig weiter zu.

Altersarmut in Deutschland ist in vielerlei Hinsichten schädlich und gefährlich. Epidemiologische Studien zeigen: Arme leben ungesünder und sterben früher. Die Angst vor Altersarmut haben neben alten auch schon viele junge Menschen, Menschen in prekären Lebenslagen, aber auch viele derzeitige Gutverdiener, die sie wahrscheinlich nie erleiden werden, aber sich dennoch vor ihr fürchten. Es ist die Angst vor dem Abgehängt werden, zu den Verlierern der gesellschaftlichen Entwicklung zu gehören. Diese Angst belastet, entsolidarisiert, fördert Resignation oder Radikalismus. Ihr die Grundlage soweit wie möglich zu entziehen, muss wichtiges gesellschaftspolitisches Ziel sein.

Die „Respekt-Rente“ soll für ca. 3 bis 4 Millionen Menschen, voraussichtlich zu 75 % Frauen, die mindestens 35 Jahre im Niedriglohnbereich nahe der Armutsgefährdungsgrenze gearbeitet haben, eine Aufstockung um maximal 475 Euro ermöglichen, im Ergebnis oft einen Bruttorentenbetrag um die 1000 Euro im Monat, damit mehr als die der Sozialhilfe ähnliche „Grundsicherung“. Sie soll zudem ohne Bedürftigkeitsprüfung und Anrechnung anderer Einkünfte und Vermögen erfolgen.

Wir begrüßen den Gedanken, diese Aufstockung allen Berechtigten automatisch beim Renteneintritt ohne Antrag und Bedürftigkeitsprüfung zukommen zu lassen. Der bedingungslose Anspruch signalisiert eine gesellschaftliche Anerkennung der beruflichen Lebensleistung, die aus dem System heraus nicht allein durch Rentenbeiträge erbracht werden konnte. Sehr viele Ältere stellen aus Schamgefühl solche Anträge nicht, weil sie sich dadurch diskriminiert fühlen oder weil sie befürchten, dass die Kinder für ihre finanzielle

Situation, etwa bei einer Pflegeheimunterbringung, belangt werden. Und auch über die Respekt-Rentenzahlung hinaus: Und wenn sie nach Renteneintritt kleineren anderen Erwerbstätigkeiten nachgehen – warum sollte der Staat diese Menschen dabei entmutigen und „bestrafen“? Auch mit 1000 Euro ist in diesem Staat „kein Staat zu machen“.

Man kann auf viele Begrenzungen dieses Gesetzentwurfes zurecht hinweisen. Er soll Respekt „für die Fleißigen“ ausdrücken. Menschen mit längeren Arbeitslosigkeitsphasen wird er nicht zugutekommen. Das erhält die Fiktion aufrecht, die Menschen könnten jederzeit Arbeit bekommen, wenn sie dies nur wollten. Die Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland nach der Wende 1990 über zehn und mehr Jahre hinweg zeigt, dass dies eine diskriminierende Fiktion ist. Dennoch ist die Respekt-Rente ein Schritt in die richtige Richtung, weil nicht einmal diese „lebenslang Fleißigen“ mit ihren Niedriglöhnen mit der normalen Rente würdig leben können.

Man kann fragen, ob diese Respekt-Rente „gerecht“ ist. Was ist mit jenen, die nur 34 oder 33, oder 32 Jahre lang eingezahlt haben? Hier müssen Lösungen noch gefunden werden. Was ist mit „den Jungen“, die diese Renten mit ihren Einkommen künftig erarbeiten sollen? Hier müssen Wege gefunden werden, wie künftig zunehmend größere Teile der Rentenzahlungen aus Steuermitteln und nicht mehr vorwiegend aus langfristig voraussichtlich schrumpfender Erwerbsarbeit finanziert werden.

Man kann fragen, wie das bezahlt werden soll. Es soll aus Steuern bezahlt werden. Wer bezahlt die Steuern? In den letzten dreißig Jahren ist in Deutschland der Anteil der Arbeitnehmer am Steueraufkommen ständig gestiegen, derjenige der Unternehmen gefallen. Und es ist nach Abschaffung der Vermögenssteuer und Senkung des Einkommenssteuerspitzenatzes überproportional der Anteil der schwächer verdienenden Arbeitnehmer am Steueraufkommen gestiegen. Es steht an, dass gutverdienende Unternehmen und besonders gut verdienende Einzelpersonen in Deutschland wieder stärker am Steueraufkommen beteiligt werden müssen. Ab 1998 sind in Deutschland Unternehmenssteuer und Vermögenssteuer abgeschafft, der Einkommenssteuerspitzenatz von 53 auf 42% gesenkt worden.

Wir treten ein für einen Sozialstaat, in dem die Leistungsfähigen sich wieder angemessen an der Bewältigung der gemeinsamen sozialen Aufgaben beteiligen. Und in dem die Angst vor der Altersarmut wo immer möglich gemildert wird. Die „Respekt-Rente“ ist dazu ein kleiner und unvollkommener Beitrag, aber einer in die richtige Richtung.

Köln, im Februar 2019

Dr. Lars Anken

[DGSF-Fachgruppe Armut – Würde – Gerechtigkeit](#)

Prof. Dr. Jochen Schweitzer

[Gesellschaftspolitischer Sprecher der DGSF](#)